



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian Ritter, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Isabell Zacharias, Annette Karl, Bernhard Roos, Dr. Herbert Kränzlein, Inge Aures, Volkmarr Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und Fraktion (SPD)

Zweite Stammstrecke: Endlich Klarheit und Transparenz statt heißer Luft!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umgehend über den aktuellen Planungsstand und die Finanzierung der zweiten S-Bahn-Stammstrecke in München zu berichten, insbesondere über den von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt zugesagten Anteil des Bundes an den voraussichtlichen Gesamtkosten.

Begründung:

Über die Notwendigkeit einer zweiten S-Bahn-Stammstrecke wird bereits seit Jahrzehnten diskutiert. Im Jahr 2009 wurde nach langen Vorplanungen der vorerst endgültige Beschluss zu Planung und Bau dieser dringend notwendigen und überfälligen Entlastung und Erweiterung für das Münchner S-Bahn-System gefällt.

In den Jahren danach wurde immer wieder mit großen Worten der „Durchbruch“ für die Verwirklichung der zweiten Stammstrecke verkündigt, so z.B. im Jahr 2012 durch Ministerpräsident Horst Seehofer, den damaligen CSU-Verkehrsminister Peter Ramsauer und Wirtschaftsminister Martin Zeil, der erklärte: „Der Weg für die 2. Stammstrecke ist frei“. Damals wurde öffentlich erklärt, dass das Baurecht 2013 sichergestellt sein sollte und 2015 mit den Baumaßnahmen begonnen werden könne. Dieser Zeitplan konnte dann nicht eingehalten werden, genauso wenig wie alle folgenden.

Im Dezember 2015 gab es dann erneut einen „Durchbruch“, der von der Staatsregierung zusammen mit dem CSU-Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt öffentlich bekanntgegeben wurde. Minister Dobrindt erklärte in diesem Zusammenhang mit Blick auf die zugesagte Finanzbeteiligung des Bundes: „Ich kenne zur Zeit kein Limit“. Die Konkretisierung ließ wieder auf sich warten. Im März dieses Jahres wurde dann der Staatsminister Joachim Herrmann damit beauftragt, mit seinem CSU-Amtskollegen in Berlin über die Finanzierung zu „verhandeln“.

Zwischenzeitlich hat der Bundesverkehrsminister den Entwurf für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) veröffentlicht, in dem die zweite Stammstrecke nicht vorkommt, aber dafür Investitionen in den Straßenverkehr ein deutliches Übergewicht haben. Als Erklärung wird darauf verwiesen, dass für die Stammstrecke andere Mittel des Bundes verwendet werden sollen. Begründet wird dies etwa in einer Pressemitteilung des Münchner CSU-Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Uhl so: „Im BVWP geht es aber nur um Fernverkehrs-Projekte. Projekte des Nahverkehrs werden über andere Bundesmittel unterstützt, nämlich u.a. über die Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Mittel“.

Bisher bleiben sowohl die Staatsregierung als das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium konkrete Antworten in der Frage der Finanzierung schuldig. Auch der Zeitplan wird immer wieder verlängert. Das steht in deutlichem Gegensatz zu dem dringenden Bedarf für eine zweite Stammstrecke, die für das hoch belastete und weit über der Kapazitätsgrenze arbeitende Münchner S-Bahn-System nicht nur lange überfällig ist, sondern auch die Voraussetzung für wichtige andere Maßnahmen, die die Staatsregierung u.a. in ihrem „13-Punkte-Sofortprogramm“ für den Bahnknoten München aus dem Jahr 2012 formuliert hat.

Angesichts der weit über München hinausreichenden Bedeutung der zweiten Stammstrecke müssen für die Finanzierung zusätzliche Mittel des Bundes bereitgestellt werden. Die Staatsregierung muss jetzt endlich Klarheit schaffen, anstatt in der Öffentlichkeit immer neue „Durchbrüche“ zu verkünden, die sich dann in der Realität als hohle Phrasen entpuppen.